

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung  
am Donnerstag, dem 28. März 2019, um 19.30 Uhr,  
im Regionalen Bürgerzentrum, Am Markt 2**

---

(Mitgliederzahl laut § 8 GKWG: 23)

**Anwesend:**

<b>Vorsitzende:</b>	Frau Wilken (Bürgervorsteherin)
<b>Weitere Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter:</b>	Herr Banaski, Herr Bolz, Herr Brodersen, Frau Dreßler, Herr Hartig, Herr Hüp, Herr Klaunder, Frau Knarr, Herr Lerbs, Herr Müller, Frau Prange, Herr Reichelt, Frau Reuter, Frau Rossbach, Frau Schaedla, Herr Schmidt, Frau Tinsen, Herr Wensierski, Herr Wichmann
<b>Bürgermeister:</b>	Herr Hinrichs
<b>Protokollführerin:</b>	Frau Kuhlmann (Bürgermeister- und Stadtvertretungsbüro)
<b>Nicht anwesende Stadtvertreter oder Stadtvertreterinnen:</b>	Herr Hagge, Frau Höll, Frau Dr. Romey-Glüsing
<b>Andere Anwesende:</b>	Herr Stange (Seniorenbeirat) Herr Sievers (Leiter Bürgermeister- und Stadtvertretungsbüro)
<b>Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen und Teilnehmer:</b>	--
<b>Zuhörerinnen und Zuhörer:</b>	ca. 7 Personen

Die Vorsitzende der Stadtvertretung, Bürgervorsteherin Wilken, begrüßt alle Anwesenden.

Sie eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung vom 18. März 2019 form- und fristgerecht zugegangen und die Stadtvertretung nach § 38 GO beschlussfähig ist.

Vor Beginn der Sitzung wurde zum Tagesordnungspunkt 4.1 eine Tischvorlage mit zwei weiteren Beschlussempfehlungen und zu den Tagesordnungspunkten 12 und 13 je eine Tischvorlage mit einer jeweils aktualisierten Beschlussempfehlung an die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter ausgegeben.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt 17 nichtöffentlich zu beraten.

Somit ergibt sich die folgende geänderte

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil:**

1. Verpflichtung von Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern
2. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
3. Entgegennahme der Erklärungen über die Fraktionsbildung und Benennung der Fraktionsvorsitzenden sowie ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter
4. Nach- und Umbesetzungen von städtischen Gremien und Funktionsträgern
5. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 13. Dezember 2018
6. Einwohnerfragestunde
7. Mitteilungen der Bürgervorsteherin, Unterrichtung über die Ausschussarbeit
8. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten
9. 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 32 "Neue Dorfstraße - An der Rauhstedt - Parkallee" der Stadt Büdelsdorf
  - Abwägung über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, der Öffentlichkeit sowie der benachbarten Gemeinden
  - Satzungsbeschluss
10. Umsetzung des Förderantrages im Verbundvorhaben "Rad stark! - Stärkung des Alltagsverkehrs in einer Stadt-Umland-Region"

11. Kameradschaftskasse der Feuerwehr Büdelsdorf
  - 11.1 Einnahme- und Ausgabeplanung 2019
  - 11.2 Einnahme- und Ausgaberechnung 2018
12. Erweiterungsbau Kindergarten Lummerland
  - Aufhebung des Sperrvermerkes im Haushalt 2019
13. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule
  - Aufhebung des Sperrvermerkes im Haushalt 2019
14. Vorschlag für die Wahl eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Sparkasse Mittelholstein AG für ein vor Ablauf der Amtszeit ausscheidendes Mitglied
15. Berichte über die Prüfung
  - des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2016 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung Büdelsdorf
  - des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR
16. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter

#### **Nichtöffentlicher Teil:**

17. Einrichtung einer Planstelle in der Grundschulbetreuung

#### **Öffentlicher Teil:**

18. Bekanntgabe der ggf. im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

#### **Öffentlicher Teil:**

##### **1. Verpflichtung von Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern**

Bürgermeisterin Wilken hebt in einer kurzen Ansprache die Verdienste und das langjährige Engagement des kürzlich verstorbenen Stadtvertreters Hans-Jürgen Bsdenga hervor. Mit einer Schweigeminute schließen sich alle Anwesenden dieser Würdigung an.

Bürgermeisterin Wilken teilt mit, dass die bisherige Stadtvertreterin Sameisky von ihrem Amt zurückgetreten und Herr Wichmann zum 28.02.2019 als Stadtvertreter nachgerückt ist.

Bürgermeisterin Wilken verpflichtet Stadtvertreter Wichmann gemäß

§ 33 Abs. 5 GO auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten als Stadtvertreter und führt ihn in seine Tätigkeit ein.  
Stadtvertreter Hartig weist darauf hin, dass der Rücktritt von Frau Sameisky ausschließlich auf privaten Gründen beruht.

Für den verstorbenen Stadtvertreter Bsdenga ist mit Wirkung vom 22.02.2019 Frau Prange als Stadtvertreterin nachgerückt.  
Bürgermeisterin Wilken verpflichtet Stadtvertreterin Prange gemäß § 33 Abs. 5 GO auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben als Stadtvertreterin und führt sie in ihre Tätigkeit ein.

## **2. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO**

Die Mitglieder der Stadtvertretung teilen keine Ausschließungsgründe mit.

## **3. Entgegennahme der Erklärungen über die Fraktionsbildung und Benennung der Fraktionsvorsitzenden sowie ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter**

Bürgermeisterin Wilken verliest die Fraktionserklärung der SPD vom 12.03.2019. Mitglieder der SPD-Fraktion sind nun Herr Henning Schmidt, Frau Christiane Reuter, Frau Carina Rossbach, Herr Martin Hartig, Frau Dr. Renja Romey-Glüsing, Herr Alexander Lerbs, Herr Peter Wichmann, Herr Tim Trienke, Herr Carsten Baber und Frau Bettina Dreßler. Herr Hartig ist Fraktionsvorsitzender, die Stellvertretung hat Frau Dr. Romey-Glüsing inne.

Anschließend verliest Bürgermeisterin Wilken die Fraktionserklärung der CDU vom 14.03.2019.

Mitglieder der CDU-Fraktion sind nun Herr Arvid Hagge, Frau Doris Höll, Herr Andreas Klauder, Herr Heiko Müller, Frau Elsbeth Prange, Frau Lara Tinsen, Herr Konstantinos Wensierski, Frau Maike Wilken und Herr Leon Schwark. Fraktionsvorsitzender ist Herr Konstantinos Wensierski, seine Stellvertreterin ist Frau Doris Höll.

## **4. Nach- und Umbesetzungen von städtischen Gremien und Funktionsträgern**

Bürgermeisterin Wilken erklärt, dass die Veränderungen in der Zusammensetzung der Stadtvertretung auch vereinzelt Umbesetzungen in den Ausschüssen erforderlich machen. Sie geht zunächst auf die Anträge der CDU-Fraktion hierzu ein.

#### 4.1 Antrag der CDU-Fraktion

Nach Verlesen der Anträge von der CDU-Fraktion durch Bürgervorsteherin Wilken fasst die Stadtvertretung nachstehende Beschlüsse:

**Beschluss:**

Stadtvertreterin Prange wird als 1. stellvertretendes Mitglied für die CDU in den Hauptausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Stadtvertreterin Prange wird als Mitglied für die CDU im Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales als bürgerliches Mitglied abberufen und als Stadtvertreterin als Mitglied in diesen Ausschuss gewählt. Gleichzeitig wird sie als Stadtvertreterin zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Stadtvertreterin Prange wird als 2. stellvertretendes Mitglied für die CDU im Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit abberufen und als Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Stadtvertreterin Prange wird als 2. stellvertretendes Mitglied für die CDU als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr abberufen und als Stadtvertreterin als 2. stellvertretendes Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Stadtvertreter Müller wird als Nachfolger für Herrn Bsdenga als Ersatzvertreter für die CDU in die Mitgliederversammlung des Städtebundes Schleswig-Holstein bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Im Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales wird Stadtvertreter Müller als Mitglied für die CDU abberufen und als 1. stellvertretendes Mitglied in diesen Ausschuss gewählt. Gleichzeitig wird bürgerliches Mitglied Schwark für die CDU als 1. stellvertretendes Mitglied aus diesem Ausschuss abberufen und als Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

## 4.2. Antrag der SPD-Fraktion

Bürgervorsteherin Wilken verliest die Anträge der SPD-Fraktion und bittet dazu jeweils um Abstimmung:

Die Stadtvertretung fasst die nachstehenden Beschlüsse:

**Beschluss:**

Stadtvertreter Wichmann wird als 2. stellvertretendes bürgerliches Mitglied für die SPD im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr abberufen und als Stadtvertreter als 2. stellvertretendes Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Frau Sameisky wird als 1. stellvertretendes Mitglied für die SPD im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr abberufen und als bürgerliches Mitglied als 1. stellvertretendes Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Stadtvertreter Wichmann wird als bürgerliches Mitglied für die SPD aus dem Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales abberufen und als Stadtvertreter in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**Beschluss:**

Frau Sameisky wird für die SPD aus dem Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales abberufen und als bürgerliches Mitglied in diesen Ausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**5. Entscheidungen über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung am 13. Dezember 2018**

Es werden keine Einwendungen vorgebracht.

**6. Einwohnerfragestunde**

Herr Stange (Seniorenbeirat) fragt an, wie es mit dem Gebäude der ehemaligen Emil-Nolde-Schule weitergeht.

Bürgervorsteherin Wilken verweist auf den vorhandenen Schulentwicklungsplan. Das denkmalgeschützte Gebäude wird erhalten. Es ist nach wie vor geplant, dass Gebäude zu veräußern, ein entsprechendes Exposé ist erstellt.

Herr Bredenbeck (ehemaliger Stadtvertreter) findet die durch einen Knickdurchbruch ermöglichte Umleitungsstrecke für Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger im Bereich des "Erdbeerfeldes" vom Hochmoorreder hin zum Kreisel sehr positiv, die im Zusammenhang mit der Umgestaltung für den Lidl-Neubau eingerichtet wurde.

Bürgermeister Hinrichs weist darauf hin, dass diese Möglichkeit für Radfahrer und Fußgänger als dauerhafte Verbindung erhalten bleibt.

Auf seinen Einwand, in Richtung Autobahn gesehen wäre in diesem Bereich auf linken Seite kein Radweg vorhanden, teilt ihm Bürgervorsteherin Wilken mit, dass auch für diese linke Seite ein Radweg in Planung sei.

Zum Thema Grundschule plädiert Herr Bredenbeck dafür, diese an 2 Standorten fortzuführen und am Standort Neue Dorfstraße nur einen kleinen Neubau zu errichten. Zusammen mit der Ertüchtigung des Gebäudes der ehemaligen Friedrich-Ebert-Schule sei dies wirtschaftlicher. Zudem sei die Erreichbarkeit für die Schüler günstiger.

Hierzu entgegnet Bürgervorsteherin Wilken, dass die Stadtvertretung im Jahr 2015 nach intensiven Beratungen ganz überzeugt den Beschluss zu einem Schulstandort gefasst hat. Dies hätte pädagogische, wirtschaftliche und energetische Gründe. Nur der Schulneubau mache Sinn und die Wege sind für die Schüler angemessen. Bürgermeister Hinrichs ergänzt, dass man sich damals ganz bewusst für eine Reduzierung auf insgesamt 2 Schulstandorte (1 Grundschule, 1 Gemeinschaftsschule) entschieden hat. Auch der Rektor der Grundschule spreche sich für einen Grundschulstandort aus.

## **7. Mitteilungen der Bürgervorsteherin, Unterrichtung über die Ausschussarbeit**

Für Bürgervorsteherin Wilken ist das Thema Haushaltskonsolidierung weiterhin sehr wichtig, insbesondere, weil der Teilneubau für das Grundschulzentrum zu einer weiteren Belastung führen wird. Das Finanzierungskonzept muss haushaltsverträglich gestaltet werden.

Bürgervorsteherin Wilken teilt mit, dass die Jugendbeteiligung in den Fokus rückt. Im Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit ist ein entsprechender Beschluss gefasst worden. Mit den Schulen sollen nun Konzepte zur Beteiligung erstellt werden. Die Schülervvertretungen sollen gezielt zu Sitzungen eingeladen werden und auf der Homepage der Stadt soll ein zusätzlicher Punkt "Kinder/Jugendliche" eingepflegt werden. Außerdem soll eine Kinder- und Jugendversammlung durchgeführt werden.

Abschließend berichtet Bürgervorsteherin Wilken, dass der Seniorenrat neu gewählt wurde und im April die konstituierende Sitzung stattfinden wird. Sie bedankt sich bei allen Mitgliedern für ihr Engagement in diesem Gremium.

## **8. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten**

Bürgermeister Hinrichs nimmt Bezug auf die im letzten Jahr erfolgte Gewerbesteuerrückzahlung in Höhe von ca. 3 Millionen Euro. Der Widerspruch der Stadt gegen diesen Bescheid wird vom Finanzamt immer noch geprüft. Ein endgültiger Widerspruchsbescheid liegt noch nicht vor.

Diese Gewerbesteuerrückzahlung hat die Haushaltssituation schlagartig verschlechtert. Dennoch rechnet Bürgermeister Hinrichs nur mit einem Minus von 640.000,- Euro als Jahresergebnis für 2018. Dies zeigt, dass die Stadt sich auf einem guten Weg befindet, die schwierige Haushaltssituation zu lösen.

Zum Ausbau der Hollerstraße West teilt Bürgermeister Hinrichs mit, dass sich Bund und Land hieran mit einem Zuschuss von 1,76 Millionen Euro beteiligen. Eine Informationsveranstaltung für die dort ansässigen Gewerbetreibenden erreichte eine positive Resonanz. Für Mai ist eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit geplant. Die Ausschreibungen sind in Arbeit, Baubeginn ist für Juli 2019 vorgesehen. Die Bauzeit wird voraussichtlich 2 Jahre betragen.

Bürgermeister Hinrichs geht weiter auf den Bahnhaltelpunkt Rensburg-Büdelisdorf ein, der auf Rendsburger Gebiet gegenüber der Moschee errichtet werden soll. Konkrete Entwürfe für die Fläche, die im Maßnahmeplan als Grünzug entlang der Bahntrasse ausgewiesen ist, werden nicht vor Ende 2021 vorliegen. Alle Beteiligten (DB, NAH.SH, Städte und der BIG als Sanierungsträger) sind dabei, die Abläufe zu koordinieren und Fördergelder zu generieren. Im April soll ein Abstimmungsgespräch mit dem Ministerium stattfinden. Über die Gesprächsergebnisse soll zunächst im Projektausschuss Rensburg-Büdelisdorf und anschließend in den Gremien der beiden Städte beraten werden.

Abschließend berichtet Bürgermeister Hinrichs, dass die Stadt das Anwesen Neue Dorfstr. 5 gekauft hat und dieses künftig als Obdachlosenunterkunft nutzen wird.

**9. 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 32 "Neue Dorfstraße - An der Rauhstedt - Parkallee" der Stadt Büdelisdorf  
- Abwägung über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, der Öffentlichkeit sowie der benachbarten Gemeinden  
- Satzungsbeschluss**

Stadtvertreter Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr verweist auf die Sitzung dieses Ausschusses vom 08.12.2016. In dieser Sitzung hat der Ausschuss die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32 „Neue Dorfstraße - An der Rauhstedt - Parkallee“ beschlossen.

Der Ausschuss befasste sich weiter mit diesem Thema in seinen Sitzungen am 13.02.2018, 04.09.2018 und 05.12.2018.

Bezüglich der Einzelheiten wird auf die jeweiligen Niederschriften zu diesen Ausschusssitzungen verwiesen.

Nach Abschluss des Auslegungsverfahrens und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr in seiner Sitzung am 12.02.2019 einstimmig beschlossen, der Stadtvertretung zu empfehlen, den nachstehenden Beschluss zu fassen.

Dieser Empfehlung folgend fasst die Stadtvertretung den folgenden

**Beschluss:**

1.

Die während der öffentlichen Auslegungen des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32 „Neue Dorfstraße - An der Rauhstedt - Parkallee“ abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden werden gemäß der Anlage 4 zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr am 12.02.2019 zur Kenntnis genommen, berücksichtigt oder nicht berücksichtigt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2.

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 32 „Neue Dorfstraße - An der Rauhstedt - Parkallee“ als Satzung.

Der Plangeltungsbereich befindet sich im zentralen Teil des Stadtgebietes und wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch den Verlauf der nördlichen Grenze des Grundstückes Neue Dorfstraße 79, mit einem ca. 1,50m breiten Versatz in das Grundstück hinein,
- im Osten durch die Fahrbahnachse der Straßen „An der Rauhstedt“ und „Parkallee“,
- im Süden durch die Fahrbahnachse der Straße „Neuer Gartenweg“,
- im Westen durch die westliche Grenze des Grundstückes Neue Dorfstraße 58 und des Flurstückes 51/18 der Flur 4 der Gemarkung Büdelsdorf sowie durch den Verlauf der westlichen Grenze des Grundstückes Neue Dorfstraße 79, mit einem ca. 1,50m breiten Versatz in das Grundstück hinein.

Der genaue Plangeltungsbereich ist im nachfolgenden Lageplan schwarz umrandet.



3.

Die Begründung wird gebilligt.

4.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan ins Internet unter der Adresse „[www.buedelsdorf.de/stadtplanung/bauleitplanung](http://www.buedelsdorf.de/stadtplanung/bauleitplanung)“ eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

5.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Flächennutzungsplan zu berichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

## 10. Stärkung des Alltagsverkehrs in einer Stadt-Umland-Region"

Stadtvertreter Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr berichtet aus der Sitzung des Ausschusses vom 12.02.2019 und nimmt Bezug auf die Niederschrift zu dieser Sitzung.

In dieser Sitzung hat der Ausschuss mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung dafür gestimmt, der Stadtvertretung den nachfolgenden Beschluss zu empfehlen.

Die Stadtvertretung fasst entsprechend dieser Empfehlung den nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt - vorbehaltlich eines endgültigen Bewilligungsbescheids - die Umsetzung des eigenen Förderantrags im Verbundvorhaben „Rad stark! - Stärkung des Alltagsradverkehrs in einer Stadt-Umland-Region“.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 18	Nein: 0	Enthaltungen: 2
--------	---------	-----------------

Stadtvertreter Reichelt ergänzt, dass er sich enthalten habe, weil er die 100.000,- Euro hierfür nicht bereitstehen sieht.

Bürgervorsteherin Wilken erläutert, dass es sich bei diesem Vorhaben um eine Art "Fahrradautobahn" handelt. Die Mittel für die Beteiligung der Stadt Büdelsdorf an diesem Projekt seien bereits in den Haushalt eingestellt. Büdelsdorf möchte seine Fahrradfreundlichkeit steigern.

Stadtvertreter Reichelt kontert, dass bei einem defizitären Haushalt nicht zwingend alle eingestellten Mittel ausgegeben werden müssten.

## **11. Kameradschaftskasse der Feuerwehr Büdelsdorf**

Stadtvertreterin Prange berichtet - stellvertretend für den Ausschussvorsitzenden, bürgerliches Mitglied Gleser - aus der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Senioren und Soziales vom 20.03.2019 und verweist bezüglich Einzelheiten auf die Vorlage zu dieser Sitzung.

### **11.1 Einnahme- und Ausgabeplanung 2019**

Stadtvertreterin Prange verliest die Beschlussempfehlung zur Einnahme- und Ausgabeplanung 2019.

Dieser Empfehlung folgend fasst die Stadtvertretung den folgenden

#### **Beschluss:**

Die Stadtvertretung stimmt der am 11.01.2019 durch die Mitgliederversammlung der Feuerwehr Büdelsdorf beschlossenen Einnahme- und Ausgabeplanung für das Jahr 2019 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

### **11.2 Einnahme- und Ausgaberechnung 2018**

Stadtvertreterin Prange erläutert, dass innerhalb von 3 Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres eine Einnahme- und Ausgaberechnung aufzustellen und der Gemeindevertretung vorzulegen ist.

Die Stadtvertretung nimmt die der Vorlage zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Senioren und Soziales am 20.03.2019 als Anlage 2 beigefügte Einnahme- und Ausgabenrechnung 2018 zur Kenntnis.

## **12. Erweiterungsbau Kindergarten Lummerland - Aufhebung des Sperrvermerkes im Haushalt 2019**

Stadtvertreterin Dreßler berichtet - stellvertretend für den nicht anwesenden Ausschussvorsitzenden, Stadtvertreter Hagge - aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 21.03.2019 und nimmt Bezug auf die Ausführungen unter TOP 5.2.2, Erweiterungsbau Kindergarten Lummerland, in der Vorlage für diese Sitzung.

### **a) Teilaufhebung des Sperrvermerkes im Haushalt 2019**

Bürgermeister Hinrichs dankt der BWG für den Hinweis auf § 12 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik, und verweist hierzu auf die Tischvorlage, die hierzu einen Verfahrensvorschlag enthält.

Bürgermeister Hinrichs erinnert daran, dass den veranschlagten Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2019 bis 2020 Kostenschätzungen der Verwaltung zu Grunde liegen.

Um die Kosten der Maßnahme, der Einrichtung, die voraussichtlichen Jahresraten und einen Bauzeitplan zu ermitteln, ist es erforderlich, die konkrete Gebäudeplanung vorzunehmen. Hierzu ist die Beauftragung eines externen Architekten für die Leistungsphasen 1 bis 3 (Grundlagenermittlung, Vorentwurfsplanung und Entwurfsplanung) notwendig.

Vor Beauftragung eines externen Architekten ist bei der finanziellen Größenordnung des Erweiterungsbaus eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Um die Ausschreibung durchführen zu können, müssen jedoch entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Damit das Projekt in der Tischvorlage weiterhin zügig vorangebracht werden kann, schlägt Bürgermeister Hinrichs unter Abänderung der Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 21.03.2019 eine Teilaufhebung des Sperrvermerkes vor.

Bürgermeister Hinrichs schlägt hierzu weiter vor, mit externer Unterstützung eine Analyse der kurz- und langfristigen haushaltsrechtlichen Auswirkungen vorzunehmen.

In diese Analyse sollten auch weitere geplante oder absehbare baulich notwendige Maßnahmen wie der Abriss des ehemaligen Klaus-Groth-Traktes und der Neubau anstelle des Bertholt-Brecht-Traktes sowie der Umbau des Parkplatzes gegenüber der ehemaligen Emil-Nolde-Schule einbezogen werden.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten verweist Bürgermeister Hinrichs auf die Tischvorlage.

Für die verwaltungsseitige Erstellung einer Berechnungsmatrix als Grundlage der Analyse werden rund 8 Wochen erforderlich sein. Über die Ergebnisse könnte am 04.06.2019 im Hauptausschuss und abschließend am 27.06.2019 in der Stadtvertretung beraten werden.

Auch weiterhin notwendige Entscheidungen der Politik über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Verlaufe der zweiten Jahreshälfte 2019 können laufend eingepflegt werden.

Die Gesamtkosten für die externe Beratung bei der Analyse der haushaltsrechtlichen Auswirkungen und die Ausschreibung der Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 belaufen sich auf ca. 97.000 € bis 102.000 € zzgl. Kosten der externen Durchführung der europaweiten Ausschreibung, die Bürgermeister Hinrichs derzeit nur unverbindlich auf rund 22.000,- Euro schätzen kann.

Bürgervorsteherin Wilken sieht die Stadt mit dieser Vorgehensweise auf einem guten Weg.

Stadtvertreter Hartig wird die Entscheidung mittragen, noch mehr in Bildungseinrichtungen und die Sicherheit des Schulweges zu investieren, auch wenn es hinsichtlich des Haushaltes eine schmerzhaft Entscheidung ist. Das Ziel sollte sein, in 5 Jahren einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen. Er erwartet eine Darstellung, wie die langfristige Finanzierung aussehen wird. Für die von der Verwaltung entwickelte Vorgehensweise bedankt er sich.

Stadtvertreter Huep macht deutlich, dass heute nur die Planung beschlossen wird. Erst wenn der wirtschaftliche Untersuchungsbericht vorliegt, kann man weitersehen.

Bürgermeisterin Wilken sieht auch sich selbst und die Politik in der Pflicht, Einsparpotentiale ausfindig zu machen und zu benennen.

Nach kurzer weiterer Beratung fasst die Stadtvertretung den nachstehenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Analyse der haushaltsrechtlichen Auswirkung mit externer Beratung vorzunehmen und die Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 mit externer Beratung europaweit auszuschreiben. Zur Beauftragung und Finanzierung dieser Maßnahmen wird der Sperrvermerk nach § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**13. Grundschulzentrum Astrid-Lindgren-Schule  
- Aufhebung des Sperrvermerkes im Haushalt 2019**

Stadtvertreterin Dreßler berichtet auch hierzu stellvertretend für den nicht anwesenden Ausschussvorsitzenden, Stadtvertreter Hagge, aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 21.03.2019 und verweist bezüglich Einzelheiten auf die Vorlage zu dieser Sitzung.

Bürgermeister Hinrichs betont, dass Politik und Verwaltung die Haushaltskonsolidierung ganzjährig im Blick halten müssen. Im Übrigen bezieht er sich auf seine Ausführungen unter TOP 12.

Bei der finanziellen Größenordnung des Neubaus des Traktes E ist ebenfalls vor Beauftragung eines externen Architekten eine europaweite Ausschreibung durchzuführen. Um die Ausschreibung durchführen zu können, müssen entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Auch für die Umsetzung des provisorischen Parkplatzes und um die Planungen für den neu anzulegenden Schulhof wieder aufzunehmen, ist es erforderlich, dass die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Gesamtkosten für die Ausschreibung der Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 bis 3, der Herstellung des provisorischen Parkplatzes und die Planungskosten für den neu anzulegenden Schulhof schätzt Bürgermeister Hinrichs auf ca. 340.000 € bis 375.000 €. Hinzu kommen wiederum die Kosten der externen Durchführung der europaweiten Ausschreibung, siehe hierzu ebenfalls unter TOP 12.

Nach kurzer Beratung fasst die Stadtvertretung den folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den provisorischen Parkplatz herzustellen, die Planungen für den Schulhof wieder aufzunehmen, die für die Planung des Neubaus erforderlichen Architektenleistungen der Leistungsphasen 1 bis 3 europaweit mit externer Beratung auszuschreiben und mit externer Unterstützung die haushaltsrechtlichen Auswirkungen darzustellen. Zur Beauftragung und Finanzierung dieser Maßnahmen wird der Sperrvermerk nach § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik in erforderlicher Höhe aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

**14. Vorschlag für die Wahl eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Sparkasse Mittelholstein AG für ein vor Ablauf der Amtszeit ausscheidendes Mitglied**

Bürgervorsteherin Wilken erinnert daran, dass die Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 23.03.2017 beschlossen hatte, den damaligen Bürgermeister Hein über dessen Wahlzeit hinaus weiterhin als Mitglied in den Aufsichtsrat der Sparkasse Mittelholstein AG mit Wirkung ab dem Tage der Eintragung der Vereinigung der Sparkasse Mittelholstein AG mit der Sparkasse Hennstedt-Wesselburen in das Handelsregister zu benennen.

In dieser Sitzung hatte sich die Stadtvertretung dafür ausgesprochen, dass Herr Hein seine Mitgliedschaft dann zum Termin der Hauptversammlung der Sparkasse Mittelholstein AG im Juni 2019 niederlegt, damit zu diesem Zeitpunkt Bürgermeister Hinrichs als Nachfolger für Herrn Hein für den Aufsichtsrat benannt werden kann. Bürgervorsteherin Wilken erläutert hierzu die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Bürgermeister Hinrichs erklärt, dass diese Vorgehensweise mit Herrn Hein abgestimmt ist und in absolutem Einvernehmen geschieht.

Daraufhin fasst die Stadtvertretung den nachstehenden

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt, Herrn Bürgermeister Rainer Hinrichs als Nachfolger für das ausscheidende Mitglied, Herrn Hein, für die Wahl durch die Hauptversammlung am 05.06.2019 in den Aufsichtsrat der Sparkasse Mittelholstein AG zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltungen: 0
--------	---------	-----------------

## **15. Berichte über die Prüfung**

- des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2016 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung Büdelsdorf
- des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg AöR

Bürgermeisterin Wilken nennt § 14 Abs. 4 Kommunalprüfungsgesetz (KPG), wonach der Hauptausschuss und die Stadtvertretung davon zu unterrichten sind, wenn Prüfberichte vorliegen.

Sie unterrichtet hiermit die Stadtvertretung über das Vorliegen der oben genannten Prüfberichte, die während der Öffnungszeiten in der Verwaltung eingesehen werden können.

Die Stadtvertretung nimmt hiervon Kenntnis.

## **16. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter**

Stadtvertreter Hartig fragt an, weshalb in der Hollerstraße West Bäume gefällt wurden. Bürgermeisterin Wilken teilt mit, dass dies im Zusammenhang mit den Ausbauarbeiten erforderlich war. Es seien Ersatzpflanzungen vorgesehen.

Stadtvertreter Reichelt begrüßt, dass die unter TOP 12 vorgestellte Analyse dynamisch gestaltet werden soll. Er weist auf 3 wesentliche Prüfpunkte hin:

1. Interne Strukturen der Administration
2. Freiwillige Leistungen
3. Steuererhöhungen

und empfiehlt die Lektüre des Buches "Finanzmanagement im öffentlichen Sektor" von Dr. Hansjürgen Bals, Jehle-Verlag.

Die Zuhörer verlassen den Sitzungsraum.

### **Nichtöffentlicher Teil:**

## **17. Einrichtung einer Planstelle in der Grundschulbetreuung**

- Wird nur den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern bekannt gemacht. -

Es wird vereinbart, dass der Haushaltsworkshop vom 28.05.2019 auf den **27.05.2019, Beginn 18.30 Uhr** vorverlegt wird.

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**18. Bekanntgabe der ggf. im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

Bürgervorsteherin Wilken gibt bekannt, dass die Stadtvertretung der Einrichtung einer Planstelle im Bereich der Grundschule mit einer Wochenstundenzahl von 15 und einer Befristung bis zum 31.07.2021 zugestimmt hat.

**Ende der Sitzung: 20.35 Uhr**

gez. Wilken

gez. Kuhlmann

---

Bürgervorsteherin  
Maika Wilken

---

Protokollführerin  
Simone Kuhlmann